



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Herrn
Martin Habersaat MdL
Vorsitzender des Bildungsausschusses
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Per E-Mail: bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2053

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail fruehlich@uvnord.de

Rendsburg, 15.09.2023
Fr./Te.

Gesamtstellungnahme UVNord

Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken

Antrag der Fraktion der FDP,
Drucksache 20/830

Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen,
Drucksache 20/978

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 19. Juli d.J. danken wir für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Aufgrund der Bedeutung des Themas haben wir unsere 114 Mitgliedsverbände einbezogen, die die Interessen rund 106.000 Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein vertreten, und nehmen zur vorgenannten Thematik wie folgt Stellung:

Wir teilen die Ansicht, dass die politische und wirtschaftliche Bildung im Schulunterricht eine große Bedeutung hat. Schülerinnen und Schülern den Wert unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung zu vermitteln und wie unsere soziale Marktwirtschaft funktioniert, ist eine der wesentlichen Aufgabe von Schule.

In dem vorgesehenen erweiterten Umfang des Faches kann die politische und ökonomische Bildung als Grundpfeiler unserer Teilhabe und unseres Erwerbslebens in Deutschland gestärkt werden. Das integriert einerseits die Berufliche Orientierung, das Verständnis von Ökonomie, die Zusammenhänge wirtschaftlichen Handelns auch im Zusammenhang mit der Politik, die eigene Rolle im wirtschaftlichen System und die konkrete Auseinandersetzung mit Blick auf eine Erwerbstätigkeit. Wer unser freiheitlich-demokratisches Gesellschaftssystem und die damit verbundene Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft im Kern verstanden hat und den Bezug zu seinem eigenen Leben erkannt hat, kann sich zum einen wirtschaftlich und politisch in vollem Maße beteiligen. Zum anderen wird das Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, privates Finanzmanagement, verbraucherrechtliche Fragen, die Folgen von Berufswahl etc. gestärkt. Auch weiterreichende Aspekte wie die Grundlagen unsers Sozialstaates, die Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit in der Partnerschaft sowie die Auswirkungen des eigenen Handels auf Umwelt, Klima und Ernährung könnten betrachtet werden.

Indem die politische Bildung dazu beiträgt, unser Mitbestimmungsrecht und unsere Freiheit innerhalb unserer Demokratie zu verstehen, zu schätzen und aktiv wahrzunehmen, stabilisiert sie unser gesellschaftliches Wertefundament, auf das die Demokratie letztlich gegründet ist. Hierzu gehört nach unserem Dafürhalten auch die nachhaltige Vermittlung einer differenzierten Medienkompetenz, die auch den Umgang mit KI beinhaltet, da die entsprechenden Kenntnisse der Erosion demokratischer Prozesse und Verbreitung von Fake-News vorzubeugen helfen.

Sämtliche Beteiligungsprozesse sollten so gut es geht niedrigschwellig, inklusiv und einladend gestaltet werden, damit alle Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen angesprochen werden und so eine breite, ganzheitliche Teilhabe ermöglicht wird.

Der Wunsch, das Fach „Wirtschaft und Politik“ (WiPo) in der Kontingenztafel schrittweise auszuweiten, so dass das Fach mittelfristig bereits ab Klassenstufe 5 unterrichtet werden kann, ist aus unserer Sicht daher nachvollziehbar. Allerdings muss unbedingt sichergestellt werden, dass nicht bei anderen Fächern, insbesondere den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) Stunden gekürzt werden!

Dies ist beispielsweise in der Vergangenheit im Fach Chemie geschehen mit der Folge, dass ein durchgehender Unterricht in der Sekundarstufe I ab Klasse 5 z. T. nicht mehr möglich ist. Um Unterbrechungen durch epochalen Unterricht zu vermeiden, wird das Fach erst in höheren Klassenstufen unterrichtet. Das naturwissenschaftliche Interesse ist bei jüngeren Kindern aber am größten und nimmt mit zunehmendem Alter ab. Dies belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien. Die Folge: Immer weniger Schülerinnen und Schüler an Gymnasien belegen in der Oberstufe ein naturwissenschaftliches Profil mit Schwerpunkt Chemie und an den nicht-gymnasialen Schulformen entscheiden sich immer weniger für einen

naturwissenschaftlich-technischen Beruf. Dies ist nicht nur für die jeweiligen Branchen, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland fatal. Ideal wäre es, wenn möglichst früh mit einem naturwissenschaftlichen orientierten Unterricht begonnen und das Interesse möglichst vieler Jungen und Mädchen kontinuierlich weiter gefördert werden würde – mit der dafür nötigen Anzahl an Unterrichtsstunden und gut ausgebildeten Lehrkräften. Insbesondere die laufende technologische Transformation unserer Wirtschaft, deren Gelingen vom naturwissenschaftlichen Nachwuchs abhängt, sollte ja auch Kernthema des angestrebten ökonomisch-politischen Grundverständnisses sein.

Den zweiten Punkt, ein Konzept zur Einführung von Klassenräten zu erarbeiten, unterstützen wir. An niedersächsischen Schulen ist dies bereits an vielen Schulen Praxis und hat sich bewährt. Schülerinnen und Schüler können sich aktiv in Entscheidungsprozesse einbringen, die sie direkt betreffen, und Demokratie so alltagsnah erleben. Aus unserer Sicht sind Klassenräte eine sinnvolle Ergänzung zu den übrigen genannten Formaten, die es in Schleswig-Holstein bereits für Schülerinnen und Schüler gibt. Auch hier gilt es, Stundenkürzungen bei anderen Fächern zu vermeiden. Eine direkte Einbindung von Schulen in Wahlkampfveranstaltungen sehen wir wegen der hohen Anfälligkeit für Instrumentalisierung und Polarisierung in den Schulgemeinschaften kritischer.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Thomas Fröhlich